

Vorlage-Nr.: **1215-2012/DaDi** vom 15.11.2012
 Aktenzeichen: 519-009
 Fachbereich: Fraktion von Die Linke
 Herr Fraktionsvorsitzender Walter Busch-Hübenbecker
 Beteiligungen:
 Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Bereitschaftsärztliche Dienste im Landkreis Darmstadt-Dieburg
 Antrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg fordert den Kreisausschuss auf, sich für die Aufrechterhaltung der bereitschaftsärztlichen Dienste im Kreisgebiet einzusetzen.

Der Kreistag sieht hier Handlungsbedarf, in dem der Landrat in Vertretung des Kreisausschusses die Kassenärztliche Vereinigung in Hessen und das Sozialministerium auffordert, darauf hinzuwirken, dass die Rechtslage des Heilberufegesetzes umgesetzt wird, nach der alle niedergelassenen Humanärzte sich an einem Bereitschaftsdienst zu beteiligen haben.

Die Bereitschaftsdienste in Pfungstadt und Ober- Ramstadt sind sicher zu stellen. Die Bereitschaftsdienste in Seeheim- Jugendheim, Dieburg und Groß-Umstadt sind weiterhin zu gewährleisten.

Der Kreistag erwartet von der Kassenärztlichen Vereinigung in Hessen auf Ihre Mitglieder einzuwirken die Anwendung des Heilberufegesetzes zu gewährleisten.

Die Begründung der Ausnahmen im Landkreis (insbesondere körperliche Behinderung oder außergewöhnlicher familiäre Belastung) ist zu erfragen.

Es ist zu prüfen, inwieweit bei unbefriedigenden Antworten die Berufgerichtsbarkeit der Ärztekammer anzurufen ist.

Begründung:

Der Bereitschaftsärztliche Dienst ist ein System, das die frühere Bereitschaft der einzelnen Allgemeinmediziner rund um die Uhr abgelöst hat. Er dient dazu, den Ärzten ein größeres Maß an Freizeit zu verschaffen und unterliegt der Aufsicht der ständischen ärztlichen Berufsvertretungen.

Nach der Schließung des Bereitschaftsärztlichen Dienstes Pfungstadt zu Anfang letzten Jahres soll nun auch dieser Dienst im Ober-Ramstadt geschlossen werden. Wir halten Zustandekommen, Begründungen und die Maßnahme selbst für einen Exzess standesrechtlicher Interessenvertretung.

Ohnehin sind schon die vorhandenen Bereitschaftsärztlichen Dienste nicht mehr in einzelnen Orten oder Gemeinden, sondern in Mittelzentren ansässig.

Dies droht den Gegensatz von Stadt und Land und deren ungleiche Verteilung gesundheitlicher Risiken zu verschärfen. Daher muss der Landkreis im Zuge einer Gefahrenabwehr handeln.